

ATOMWAFFENVERBOTS–INITIATIVE

Medienmappe

Pressekonferenz zur Lancierung der Atomwaffenverbots-Initiative
2. Jul 2024, 13.30 Uhr
Medienzentrum Bundeshaus, Bundesgasse 8, 3003 Bern

Allianz für ein Atomwaffenverbot

info@atomwaffenverbot.ch

atomwaffenverbot.ch

INHALTSVERZEICHNIS

Medienmitteilung der Allianz für ein Atomwaffenverbot **4**

Beiträge Medienkonferenz **6**

Warum eine Volksinitiative? *6*

Atomwaffen gehören geächtet. *7*

Die humanitäre Verantwortung der Schweiz. *8*

Die Schweiz als neutrale Friedensvermittlerin. *9*

Die Schweiz muss ihren Beitrag leisten. *10*

Das Verbot als bewährte Methode. *11*

Weiteres Vorgehen der Allianz. *12*

Die Atomwaffenverbots-Initiative **13**

Kernaspekte der Initiative *13*

Der Initiativtext *13*

Unsere Hauptargumente *14*

Initiativkomitee, Allianz und Co-Präsidium **14**

Das Initiativkomitee *14*

Die Allianz *15*

Das Co-Präsidium *16*

Medienmitteilung der Allianz für ein Atomwaffenverbot

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ALLIANZ LANCIERT INITIATIVE FÜR EIN ATOMWAFFENVERBOT

02.07.2024 Die Allianz für ein Atomwaffenverbot hat am Dienstagnahmittag in Bern offiziell ihre Initiative lanciert, die den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO fordert.

Im März dieses Jahres beschloss der Bundesrat trotz grossem Druck aus Parlament und Zivilgesellschaft, dem Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin nicht beizutreten. Daraufhin hatte die Allianz für ein Atomwaffenverbot eine Volksinitiative angekündigt. Das Co-Präsidium der Atomwaffenverbotsinitiative gab am Dienstagnachmittag im Medienzentrum des Bundeshauses die Lancierung der Atomwaffenverbots-Initiative bekannt.

Auf dem Papier bezeichnet das EDA nukleare Abrüstung weiterhin als Priorität der Schweizer Aussenpolitik. **«Wir fordern, dass auf Worte endlich Taten folgen. Heute sind alle Mittel ausgeschöpft, um den Bundesrat zu einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag zu bringen. Deshalb soll nun die Schweizer Stimmbevölkerung über den Beitritt entscheiden können»**, erklärte Annette Willi von ICAN. Weiter erläuterte Carlo Sommaruga, Ständerat der SP: **«Der Atomwaffenverbotsvertrag verlangt die Ächtung von Atomwaffen und ist der wichtigste nukleare Abrüstungsvertrag unserer Zeit. Doch Normen brauchen die Unterstützung von Staaten, um zu wachsen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz mit ihrem Beitritt einen wichtigen Impuls für die weltweite Abrüstung von Atomwaffen setzt.»**

Humanitäre Werte stärken

Atomwaffen widersprechen in ihrem Kern gegen die Grundsätze des humanitären Völkerrechts. Dabei kommt der Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung für das humanitäre Völkerrecht zu. **«Der Entscheid, dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beizutreten, bricht mit der humanitären Tradition der Schweiz und schadet unserer Glaubwürdigkeit als humanitäre Akteurin. Mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde sich die Schweiz zu ihrer humanitären Tradition bekennen und ihr langjähriges Engagement für nukleare Abrüstung fortführen»**, führte Marc Jost, Nationalrat der EVP aus.

Als neutraler Staat kann sich die Schweiz aktiv in der Förderung von Frieden und langfristiger Sicherheit einbringen. **«Ein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde die Glaubwürdigkeit der völkerrechtsbasierten Neutralität stärken, die die Schweiz als Friedensvermittlerin und humanitäre Akteurin vertritt. Auch die guten Dienste in der Diplomatie wären mit der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags als verlässliche Partner gestützt»**, sagte Melanie Mettler, Nationalrätin der GLP.

Die Schweiz muss ihren Beitrag leisten

Als Kleinstaat mitten in Europa hat die Schweiz nur wenig Einfluss auf die globale Sicherheitslage. Allerdings hat sie grosses Gewicht in der internationalen Diplomatie, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle. Deshalb steht die Schweiz in der Verantwortung, ihren Beitrag für eine zukunftstaugliche Rüstungskontrolle zu leisten. **«Nukleare Abrüstung ist nicht nur ein Ideal, sondern auch eine Notwendigkeit. Um die bestehenden Risiken einzudämmen, gibt es keine Alternative zu nuklearer Abrüstung. Für eine effektive Rüstungskontrolle brauchen wir eine internationale Sicherheitsarchitektur, die auf dem Völkerrecht basiert und in die möglichst viele Staaten eingebunden sind»**, führte Marionna Schlatter, Nationalrätin der Grünen aus. Schon bei anderen Massenvernichtungswaffen, wie chemischen oder biologischen Waffen, war die Stigmatisierung durch internationales Völkerrecht oftmals der Schlüssel für deren Abrüstung. **«Der Atomwaffenverbotsvertrag folgt diesem bewährten Ansatz, um den Gefahren von Atomwaffen zu begegnen»**, fügte Rosmarie Quadranti, ehemalige Nationalrätin der Mitte, hinzu.

Weiteres Vorgehen der Allianz

«Die Ankündigung unserer Initiative hat breite Unterstützung gefunden. Ab heute starten wir mit vielen engagierten Menschen in die Unterschriftensammlung», schloss Roxane Steiger von der GSoA. Über 10.000 Menschen haben der Allianz bereits ihre Unterstützung für die Unterschriftensammlung zugesichert. Die Allianz umfasst mittlerweile über 20 Organisationen und darf ein parteiübergreifendes Initiativkomitee präsentieren. Am 6. Juli organisiert die Allianz den ersten schweizweiten Sammeltag. Im Anschluss an die Pressekonferenz wurde in einer Lancierungsaktion die Gefahr, die von Atomwaffen ausgeht, zum Ausdruck gebracht.

Fotos von der Pressekonferenz und der Lancierungsaktion finden Sie unter www.atomwaffenverbot.ch/lancierungsaktion. Die Medienmappe kann unter www.atomwaffenverbot.ch/medienmappe eingesehen werden.

Medienkontakte

- **Florian Eblenkamp,**
  ICAN, 077 976 14 21
- **Carlo Sommaruga,**
  Ständerat SP, 079 221 36 05
- **Marc Jost,**
  Nationalrat EVP, 076 206 57 57
- **Melanie Mettler,**
  Nationalrätin GLP, 078 781 18 48
- **Marionna Schlatter,**
  Nationalrätin GRÜNE, 077 475 25 02
- **Rosmarie Quadranti,**
  ehemanlige Nationalrätin die Mitte, 079 865 66 11
- **Roxane Steiger,**
  Politische Sekretärin GSoA, 079 386 49 47

Beiträge Medienkonferenz

WARUM EINE VOLKSINITIATIVE?

Redebeitrag von Annette Willi, ICAN

Die Schweiz ist ein Land, das den Wert von Frieden und humanitären Werten hochhält. Darauf bin ich sehr stolz. Und darum empfinde ich es als meine Pflicht, mich für ein Atomwaffenverbot einzusetzen. Seit 15 Jahren engagiere ich mich für nukleare Abrüstung. Dieses Engagement hat mir erlaubt, mehrere Hibakusha, also Überlebende der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, kennenzulernen. Ihre Geschichten von Leid und Zerstörung haben sich tief in mein Herz eingebrannt. Seien es die Verletzungen, die sich noch über Generationen erstrecken. Oder die Überreste von verkohltem Kinderspielzeug als einziges Testament für das Leben eines unschuldigen Menschen. Diese Begegnungen haben mir klargemacht, dass wir alles tun müssen, um solche Tragödien nie wieder geschehen zu lassen. Atomwaffen sind und bleiben Massenvernichtungswaffen.

Noch immer gibt es in vielen Wohnhäusern Schutzbunker für den Fall eines Atomschlags auf die Schweiz. Diese Bunker erinnern uns daran, dass die Bedrohung durch Atomwaffen nicht nur abstrakte Politik ist. Als die Bunker gebaut wurden, die meisten während des Kalten Kriegs, war die Position der Schweiz klar und deutlich: Die Schweiz will mit Atomwaffen nichts zu tun haben und hat sich folglich internationalen Verträgen angeschlossen, die weltweite Abrüstung als Ziel haben.

Doch trotz dieser Verträge und Schweizer Bemühungen ist nukleare Abrüstung ausgeblieben. Schweizer Diplomatinnen und Diplomaten haben sich deshalb intensiv für den Atomwaffenverbotsvertrag eingesetzt. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist der wichtigste internationale nukleare Abrüstungsvertrag unserer Zeit. Er wurde 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet und trat 2021 in Kraft. 122 Staaten, darunter auch die Schweiz stimmten für die Annahme. Kurz nach der Verabschiedung in der UNO-Generalversammlung nahm das Schweizer Parlament eine Motion an, die den Bundesrat verpflichtete, dem Atomwaffenverbotsvertrag so schnell wie möglich beizutreten.

Was darauf folgte, war jahrelange Untätigkeit– trotz grossen Drucks vonseiten des Parlaments und der Zivilgesellschaft. Über Jahre versteckte sich der Bundesrat hinter Berichten und auffälligem Schweigen. Am 27. März in diesem Jahr wurde eine leise Vorahnung zur Gewissheit: Der Bundesrat will dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beitreten. Die Allianz für ein Atomwaffenverbot wertet diesen Entscheid als demokratisch fragwürdig und vor allem mutlos. Es ist mutlos, dass die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen sich nicht grundsätzlich gegen Atomwaffen ausspricht. Denn gerade in einer Zeit, in der die Bedrohung durch Atomwaffen wieder steigt, wäre ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit und Stärkung von nuklearen Abrüstungsbemühungen dringender und wichtiger denn je. Auf dem Papier bezeichnet das EDA nukleare Abrüstung immer noch als Priorität der Schweizer Aussenpolitik. Mit dieser Initiative fordern wir, dass auf diese Worte endlich Taten folgen. Heute sind alle parlamentarischen Mittel ausgeschöpft, um den Bundesrat zu einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag zu bringen. Deshalb soll nun die Schweizer Stimmbevölkerung über den Beitritt entscheiden können.

Anette Willi, Operations Coordinator, ICAN

Es gilt das gesprochene Wort.

ATOMWAFFEN GEHÖREN GEÄCHTET.

Redebeitrag von Carlo Sommaruga, SP

Aktuell befinden sich weltweit 2100 Atomsprengköpfe in höchster Einsatzbereitschaft. Auf Knopfdruck können diese ganze Länder auslöschen und katastrophale Umweltschäden anrichten. Die Bedrohung von Atomwaffen ist real und sie ist so gross wie seit langem nicht mehr. Zahlreiche Atomwaffenstaaten sind in Konflikte und Kriege involviert. Gleichzeitig lassen technologischer Fortschritt, das Zusammenbrechen internationaler Verträge sowie die stetige Modernisierung der nuklearen Arsenale die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Eskalation weiter steigen. So stellt der Fortbestand von Atomwaffen ein existenzielles Risiko für die globale Sicherheit dar. Es ist im Interesse der Schweiz und aller Staaten weltweit, dass Atomwaffen nie wieder benutzt werden. Dies kann nur mit einem Verbot erreicht werden.

Hier setzt der Atomwaffenverbotsvertrag an, der die Ächtung von Atomwaffen fordert. Damit geht der Vertrag über bestehende Abkommen hinaus. Keinem Staat soll es mehr erlaubt sein, Atomwaffen zu haben, diese zu testen, zu modernisieren oder zu entwickeln. Als einziger internationaler Vertrag ächtet der Atomwaffenverbotsvertrag auch die Drohung mit Atomwaffen, wie sie zuletzt immer wieder durch Russland ausgesprochen wurden. Konkret verbietet er die Entwicklung, Tests, Produktion, Transfer, Besitz, Einsatz sowie die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen. Zudem sieht er die Unterstützung für Opfer von Atomwaffeneinsätzen und -tests vor. Somit stellt er eine umfassende rechtliche Grundlage für globale nukleare Abrüstung dar.

Der Atomwaffenverbotsvertrag läutet einen dringend nötigen Paradigmenwechsel in der nuklearen Abrüstung ein. Die Verhandlungen im Rahmen bisheriger nuklearer Abrüstungsverträge sind seit Jahren ins Stocken geraten. Als wichtigster nuklearer Abrüstungsvertrag unserer Zeit kann der Atomwaffenverbotsvertrag die Ziele der nuklearen Abrüstung voranbringen. Doch Normen brauchen die Unterstützung von Staaten, um zu wachsen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz mit ihrem Beitritt einen wichtigen Impuls für die weltweite Abrüstung von Atomwaffen setzt.

Carlo Sommaruga, Ständerat SP Schweiz, Genf

Es gilt das gesprochene Wort.

DIE HUMANITÄRE VERANTWORTUNG DER SCHWEIZ.

Redebeitrag von Marc Jost, EVP

Dieses Jahr feiern wir 75 Jahre der Genfer Konventionen von 1949. Diese stellen den Kern des humanitären Völkerrechts dar. Die Schweiz ist stolz auf ihre Rolle als Hüterin dieser Konventionen. Dabei kommt ihr als Depositarstaat eine besondere Verantwortung für das humanitäre Völkerrecht zu. Doch die Weigerung dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, steht im diametralen Widerspruch zu ihrem Engagement als humanitäre Akteurin.

Denn Atomwaffen verstossen in ihrem Kern gegen die Grundsätze des humanitären Völkerrechts. Sie töten unterschiedslos, verstossen gegen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit, verursachen unnötiges Leiden und verletzen die grundlegendsten Menschenrechte auf Leben und Sicherheit. Kein Land der Welt könnte sich vor den katastrophalen humanitären Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes schützen. Angemessene Hilfe für direkt und indirekt betroffene Menschen wäre nicht möglich.

Der Entscheid, dem Atomwaffenverbotsvertrag vorläufig nicht beizutreten, bricht mit der humanitären Tradition der Schweiz und schadet unserer Glaubwürdigkeit als humanitäre Akteurin. Mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde sich die Schweiz zu ihrer humanitären Tradition bekennen und ihr langjähriges Engagement für nukleare Abrüstung fortführen. Die Allianz für ein Atomwaffenverbot will, dass die Schweiz ihre humanitäre Verantwortung wahrnimmt. Denn wer, wenn nicht die Schweiz sollte für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einstehen?

Marc Jost, Nationalrat EVP, Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

DIE SCHWEIZ ALS NEUTRALE FRIEDENSVERMITTLERIN.

Redebeitrag von Melanie Mettler, GLP

Atomwaffen sind für einen neutralen Kleinstaat weder völkerrechtlich noch politisch eine Option, egal ob es sich um den Besitz oder die Beteiligung im Rahmen nuklearer Teilhabe handelt. So haben sich mit Österreich und Irland bereits zwei europäische neutrale Staaten dem Atomwaffenverbotsvertrag angeschlossen.

Es ist im Interesse der Sicherheit neutraler Kleinstaaten wie der Schweiz, dass Drohungen mit Atomwaffen nicht normalisiert und stattdessen Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Dabei kann sich die Schweiz als militärisch bündnisfreier Staat aktiv in der Förderung von Frieden und langfristiger Sicherheit einbringen. So hat die Schweiz auch im Communiqué der Bürgenstockkonferenz klar den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen verurteilt. Dafür könnte sie sich nun mit einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag glaubwürdig einsetzen.

Das Hauptargument des Bundesrates gegen den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ist das Verhältnis zur NATO. Doch gerade die Beispiele von Österreich und Irland zeigen, dass die Kooperation in sicherheitspolitischen Belangen weiterhin möglich ist und die militärischen Beziehungen nicht beeinträchtigt. Zudem sind einige NATO-Staaten dem Vertrag gegenüber konstruktiv eingestellt. In Finnland, Spanien und Litauen gibt es sogar ein nationales Verbot von Atomwaffen auf ihrem jeweiligen Territorium.

Für mich ist klar: Ein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde die Sicherheitspolitik der Schweiz nicht schwächen. Im Gegenteil: Sie würde die Glaubwürdigkeit einer völkerrechtsbasierten Neutralität stärken, die die Schweiz als Friedensvermittlerin und humanitäre Akteurin vertritt. Die Schweiz kann so international eine stabilisierende Rolle einnehmen. Dabei kann sie ihre guten Dienste nur glaubwürdig leisten, wenn sie sich für den Atomwaffenverbotsvertrag einsetzt.

Melanie Mettler, Nationalrätin glp, Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

DIE SCHWEIZ MUSS IHREN BEITRAG LEISTEN.

Redebeitrag von Marionna Schlatter, GRÜNE

Als Kleinstaat mitten in Europa hat die Schweiz nur wenig Einfluss auf die globale Sicherheitslage. Allerdings hat sie grosses Gewicht in der internationalen Diplomatie, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle. Deshalb steht die Schweiz in der Verantwortung, ihren Beitrag für eine zukunftstaugliche Rüstungskontrolle zu leisten. Dazu muss sie entschlossen für eine atomwaffenfreie Welt einstehen.

Wenn der Bundesrat heute gefragt würde, ob er für oder gegen Atomwaffen sei, was wäre seine Antwort? Meiner Meinung nach darf es auf diese Frage keine zweideutige Antwort geben. Hinter dem Satz "Die Schweiz setzt sich für die weltweite Abrüstung von Atomwaffen ein", darf kein "aber" stehen.

Mit einer unklaren Haltung zum Atomwaffenverbotsvertrag verspielt der Bundesrat die Glaubwürdigkeit der Schweiz und trägt nichts zur Eindämmung der nuklearen Gefahren bei. Die Risiken von Atomwaffen sind zu gross, zu existenziell, als dass die Schweiz sich davon entziehen könnte. Deshalb ist nukleare Abrüstung nicht nur ein Ideal, sondern auch eine Notwendigkeit. Um die bestehenden Risiken einzudämmen, gibt es keine Alternative zu nuklearer Abrüstung. Für eine effektive Rüstungskontrolle brauchen wir eine stabile und umfassende internationale Sicherheitsarchitektur, die auf dem Völkerrecht basiert und in die möglichst viele Staaten eingebunden sind. Gerade in Zeiten, in denen die internationale Zusammenarbeit und der Multilateralismus unter Druck stehen, setzt der Atomwaffenverbotsvertrag einen wichtigen Impuls, um eine neue Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen.

Somit stellt dieser Vertrag insbesondere für unsere zukünftigen Generationen eine langfristige Vorsorge dar. Deshalb steht die Allianz für ein Atomwaffenverbot ein für eine mutige Schweiz, die aktiv für eine sicherere und friedlichere Zukunft eintritt und diese mitgestaltet. Eine entschlossene Beteiligung an der Stärkung der nuklearen Abrüstung und der Rüstungskontrolle ist ein wesentlicher Beitrag dazu.

Marionna Schlatter, Nationalrätin GRÜNE, Zürich

Es gilt das gesprochene Wort.

DAS VERBOT ALS BEWÄHRTE METHODE.

Redebeitrag von Rosmarie Quadranti, Die Mitte

Der Atomwaffenverbotsvertrag stellt Atomwaffen auf die gleiche rechtliche Stufe wie alle anderen Massenvernichtungswaffen. Schon bei anderen Massenvernichtungswaffen, wie chemischen oder biologischen Waffen, war die Stigmatisierung durch internationales Völkerrecht oftmals der Schlüssel für deren Abrüstung. Ausgehend von den humanitären Konsequenzen haben zunächst jene Staaten ein völkerrechtliches Verbot formuliert, die nicht im Besitz solcher Waffen waren. Teilweise auch gegen den ausdrücklichen Willen der Besitzerstaaten. Daraus entstand ein normativer, rechtlicher und politischer Druck, der alle Staaten letztlich zu Abrüstung im grossen Stil gebracht hat. Und auch wenn es leider momentan wieder zum Einsatz einiger geächteter Waffen kommt, ist die Gefahr durch diese Waffen deutlich geringer als vor den Verbotsverträgen. Der Atomwaffenverbotsvertrag folgt diesem bewährten Ansatz, um den Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen, zu begegnen.

Die aktuelle Haltung der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag stellt einen deutlichen Bruch zu ihren bisherigen Abrüstungsbemühungen dar. Heute wird allzu oft die Wirksamkeit von Verträgen und internationalen Normen in Frage gestellt. Doch wie soll ein Abrüstungsprozess in Gang gebracht werden, wenn nicht einmal die Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen und Sitzstaat des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt? Anders gefragt: Wenn selbst die Schweiz, eines der sichersten Länder der Welt, sich auf nukleare Abschreckung stützen möchte, was sollen dann andere Staaten machen? Und wie soll die Schweiz in Zukunft noch glaubwürdig für nukleare Abrüstung einstehen? Die Allianz für ein Atomwaffenverbot will, dass die Schweiz sich mit einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag endlich für ihre humanitären Grundsätze stark macht.

Rosmarie Quadranti, ehemalige Nationalrätin die Mitte, Zürich

Es gilt das gesprochene Wort.

WEITERES VORGEHEN DER ALLIANZ.

Redebeitrag von Pauline Schneider, GSoA

Gerne stelle ich Ihnen das weitere Vorgehen der Allianz für ein Atomwaffenverbot vor. Heute Morgen wurde die Initiative im Bundesblatt publiziert. Ab heute werden wir den Sommer nutzen, um möglichst bald viele Unterschriften beisammen zu haben. Diesen Samstag, den 6. Juli, starten wir mit schweizweiten Sammelanlässen in die Unterschriftensammlung, zu denen sich bereits in verschiedenen Schweizer Städten zahlreiche Freiwillige eingetragen haben.

Die letzten Jahre sowie die Ankündigung unserer Initiative haben gezeigt, dass unser Anliegen in der Bevölkerung grosse Unterstützung geniesst. Über 10'000 Menschen haben uns bereits in einem Aufruf ihre Unterstützung für die Initiative zugesichert. Unsere Allianz zählt mittlerweile über 20 unterstützende Organisationen und in unserem Komitee sind Menschen aus diversen Organisationen der Zivilgesellschaft und Parteien von SP, Grünen, glp, evp, die Mitte bis in die FDP vertreten. In den kommenden Monaten soll unsere Allianz noch weiter wachsen. Denn um den Bundesrat zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag zu bringen, sind wir auf die Mithilfe und das Engagement von möglichst vielen Menschen angewiesen.

Neben der Unterschriftensammlung auf der Strasse wird die Allianz in den kommenden Monaten weitere Anlässe in Form von Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder öffentlichen Aktionen organisieren, um auf die Dringlichkeit und die Bedeutung eines Atomwaffenverbots aufmerksam zu machen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pauline Schneider, Politische Sekretärin GSoA, Genf

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Atomwaffenverbots-Initiative

KERNASPEKTE DER INITIATIVE

Der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) ist ein internationaler nuklearer Abrüstungsvertrag, der die weltweite Abschaffung von Atomwaffen zum Ziel hat. Der Vertrag wurde 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet, trat am 22. Januar 2021 in Kraft und wurde bis heute (12.6.2024) von 93 Staaten unterzeichnet. Darunter sind auch Staaten, die der Schweiz ähnlich sind, wie das ebenfalls neutrale Österreich. Der TPNW verbietet die Entwicklung, die Erprobung, die Herstellung, den Besitz, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen sowie die Androhung eines solchen Einsatzes. **Dieser ganzheitliche Ansatz öffnet die Tür zu einer möglichen Zukunft ohne Atomwaffen, da erstmals alle Aktivitäten in Bezug auf Atomwaffen geächtet sind.** Die Verhandlungen im Rahmen bisheriger Abrüstungsverträge und anderer internationaler Foren machten seit mehr als 20 Jahren keinen Fortschritt mehr. Um globale nukleare Abrüstung wiederzubeleben ist der TPNW nun der nächste logische Schritt, den sowohl Atomwaffenstaaten wie Nicht-Atomwaffenstaaten gehen können. **Damit wird ein rechtlicher Rahmen geschaffen, um weltweit, verifizierte und irreversible Abrüstung von Atomwaffen zu gewährleisten.**

Die Schweiz war an den Verhandlungen des TPNW massgebend beteiligt, hat ihn jedoch nie unterzeichnet. **Schon 2018 wurde im Parlament eine Motion[1] angenommen, die den Bundesrat verpflichtet, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Der Bundesrat weigert sich bis heute, diesen Auftrag des Parlaments umzusetzen.** Nachdem der Bundesrat die Ausführung immer wieder aufgeschoben hatte, kündigte er im März 2024 an, dass die Schweiz dem TPNW weiterhin nicht beitreten werde. **Die Schweiz, Depositarstaat der Genfer Konventionen, weigert sich somit, sich grundsätzlich gegen Atomwaffen auszusprechen.** Sie akzeptiert also stillschweigend Waffen, die eine Gefahr für die gesamte Weltbevölkerung darstellen und allzu oft für die Interessen von einigen wenigen Machthabern als Druckmittel eingesetzt werden.

Angesichts dieser Situation lanciert die Allianz für ein Atomwaffenverbot eine eidgenössische Volksinitiative, mit der der Bundesrat verpflichtet wird, dem Vertrag sofort beizutreten. **Denn es ist höchste Zeit, dass die Schweiz ihre humanitäre Verantwortung wahrnimmt!**

DER INITIATIVTEXT

Die Bundesverfassung[1] wird wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 17[2]

17. Beitritt der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen

[1] Die Schweiz tritt dem Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Kernwaffen bei.

[2] Der Bundesrat ratifiziert den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen und übermittelt die Ratifikationsurkunde an das Sekretariat der UNO.

[1] SR 101

[2] Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

[1] https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20174241

UNSERE HAUPTARGUMENTE

Für eine sicherere Welt! Atomwaffen schützen niemanden, sondern sind eine der grössten Bedrohungen für Mensch und Umwelt. Nur ein Verbot auf Basis von internationalem, weltweit gültigem Völkerrecht kann diese Bedrohung eindämmen.

Humanitäre Werte leben! Mit dem Beitritt zum TPNW bekennt sich die Schweiz zu ihrer humanitären Tradition und führt ihr langjähriges Engagement für nukleare Abrüstung fort.

Neutralität stärken! Der Vertrag bestätigt die Neutralität, stärkt das Völkerrecht und die UNO. Diese sind von zentraler Wichtigkeit für die Sicherheit eines neutralen Kleinstaates. Mit Österreich und Irland haben die wichtigsten neutralen Staaten Europas den Vertrag bereits ratifiziert.

Pragmatisch! Der Atomwaffenverbotsvertrag ist die Fortsetzung jahrzehntelanger Abrüstungsbemühungen, zu denen sich weltweit fast alle Länder verpflichtet haben. Der Vertrag ist eine langfristige Vorsorge, für die uns zukünftige Generationen dankbar sein werden.

Wirksam! Auch chemische und biologische Massenvernichtungswaffen wurden anhand internationaler Verträge erfolgreich verboten, geächtet und erfolgreich abgerüstet.

Initiativkomitee, Allianz und Co-Präsidium

DAS INITIATIVKOMITEE

- **Micheline Calmy-Rey,** ehem. Bundesrätin,Genf
- **Mario Carera**, ehem. Diplomat, Bern
- **Yves Christen,** ehem. Nationalrat FDP, Vevey
- **Dominique de Buman,** ehem. Nationalrat die Mitte, Fribourg
- **Jacques Dubochet,** Mit dem Nobelpreis ausgezeichneter Wissenschaftler, Morges
- **Marc Jost,** Nationalrat EVP, Thun
- **Josef Lang,** GSoA und ehem. Nationalrat GRÜNE, Bern
- **Lisa Mazzone,** Präsidentin Gesellschaft für bedrohte Völker/Präsidentin GRÜNE, Genf
- **Melanie Mettler,** Nationalrätin GLP, Bern
- **Fabian Molina,** Nationalrat SP, Zürich
- **Andrea Nagel,** Frieda, Bern
- **Céline Nahory,** ICAN, Carouge
- **Ilias Panchard,** Sortir du nucléaire, Lausanne
- **Rosmarie Quadranti,** ehem. Nationalrätin die Mitte, Illnau
- **Beppe Savary-Borioli,** IPPNW Schweiz, Russo
- **Leo Scherer,** ehem. Atomexperte Greenpeace, Wettingen
- **Deborah Schibler,** PWAG, Ittigen
- **Marionna Schlatter,** Nationalrätin GRÜNE, Hinwil
- **Carlo Sommaruga,** Ständerat SP, Genève
- **Roxane Steiger,** GSoA, Zürich
- **Peter Weishaupt,** Schweizerischer Friedensrat, Zürich
- **Annette Willi,** ICAN, Carouge

DIE ALLIANZ

Die Allianz besteht zum jetzigen Zeitpunkt aus 24 Schweizerischen Organisationen. Die Allianz soll in den kommenden Monaten noch weiter wachsen.

- Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)
- Frieda
- GRÜNE Schweiz
- Greenpeace
- GSoA
- Terre des hommes
- Schweizerischer Friedensrat
- Gesellschaft für bedrohte Völker
- medico international
- FriedensFrauen Weltweit
- Peace Brigades International
- Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung/zur Verhütung des Atomkrieges (PSR/IPPNW)
- Schweizerischer Katholischer Frauenbund
- Sortir du Nucléaire
- Jesuiten Flüchtlingsdienst Schweiz
- Frauen* für den Frieden
- Service Civil International
- Campax
- Demokratische JuristInnen Schweiz
- Fokus Anti-Atom
- JUSO
- Junge EVP
- Junge Grüne

DAS CO-PRÄSIDIUM

Das Co-Präsidium vertritt die Allianz für ein Atomwaffenverbot in der Öffentlichkeit.



Florian Eblenkamp
Advocacy Officer ICAN



Maja Hess,
Präsidentin medico international CH



Marc Jost
Nationalrat EVP



Melanie Mettler
Nationalrätin glp



Marionna Schlatter
Nationalrätin GRÜNE



Carlo Sommaruga
Ständerat SP



Roxane Steiger
Sekretärin GSoA



Rosmarie Quadranti
ehemalige Nationalrätin die Mitte

KONTAKT

Allianz für ein Atomwaffenverbot
Postfach 1069
8031 Zürich

info@atomwaffenverbot.ch